§ 1 Grundlagen

- (1)Die AGB SAH sind zusätzliche Vertragsbedingungen i.S.v. § 1 VOL/B und § 1 VOB/B.
 (2)Es gilt die aktuelle Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21.11.1953 (Bundesanzeiger Nr.244 v.18.12.53).

§ 2 Geltungsbereich

Die AGB SAH gelten für Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen, den Kauf und die Herstellung von Waren sowie für Verträge über die Erbringung von Bau- und Werkleistungen.

§ 3 Auftraggeber

Auftraggeber (AG) ist entsprechend der Angaben im Auftrag die Salus-Altmark-Holding gGmbH bzw. ihre konzernverbundenen Gesellschaften (Salus gGmbH, Salus-Praxis GmbH, Salus-Service GmbH, Altmark-Klinikum gGmbH –AMK-, Fachärztliches Zentrum am Altmark-Klinikum GmbH –FÄZ-, Klinikdienste am Altmark-Klinikum GmbH). Sie werden vertreten durch den Geschäftsführer. Die dem AN bekannt gegebenen zuständigen Bearbeiter sind i. R.d. ihnen übertragenen Aufgabenerledigung bevollmächtigt, rechtsgeschäftliche Erklärungen mit bindender Wirkung für den AG gegenüber Dritten abzugeben. Die Bevollmächtigung umfasst auch die Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte und rechtsgeschäftsähnlicher Handlungen, wie z.B. der Mahnung, Minderung oder vertraglichen Kündigung.

§ 4 Vertragsbestandteile

- (1)Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch den Vertrag bestimmt.
 (2)Vertragsbestandteile werden:
 a.)die Leistungsbeschreibung
 b.)Angebot und Auftrags schreiben mit den darin enthaltenen Besonderen Vertragsbedingungen
 c.)etwaige Ergänzende Vertragsbedingungen
 d.)diese AGB SAH (zusätzliche Vertragsbedingung.)
 e.)etwaige zusätzliche technische Vertragsbedingung.
 f.)etwaige allgemeine technische Vertragsbedingung.
 g.)Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) bzw. von Bauleistungen (VOB/B).
 (3)Bei Unstimmigkeiten gelten die Vertragsbestandteile in der o. g. Reihenfolge.
 (4)Leistungsmerkmale genehmigter Musterstücke sind eine Konkretisierung der Leistungsbeschreibung.
 (5)Geschäftsbedingungen des AN werden nicht Vertragsbestandteil.

§ 5 Schriftverkehr

- (1)Vertragliche Vereinbarungen sind nur wirksam, wenn sie schriftlich getroffen wurden. Den Vertrag betreffende mündliche Abreden werden wirksam, wenn sie schriftlich bestätigt werden.
 (2)Im Schriftverkehr sind stets Auftragsnummer und ggf. Warenkennzeichnung anzugeben.
 (3)Der Schriftverkehr erfolgt in deutscher Sprache.

§ 6 Qualität der Leistung, Rechte und Pflichten

- (1)Geräte, Waren und sonstige Leistungen haben, soweit nichts anderes vereinbart ist, dem neuesten Stand der Wissenschaft und Technik sowie den einschlägigen Vorschriften zu entsprechen. Maßgeblich ist das Liefer-/Ausführungsdatum. Der AN hat die Leistung durch geeignetes und qualifiziertes Personal zu erbringen.
 (2)Der AG ist berechtigt, sich vor Ort beim AN über die vertragsgemäße Leistungsausführung, auch während der Produktion, zu informieren, die Ausführungsunterlagen und sonstigen Unterlagen i.S.d. §17Abs.1 und 2 LVG LSA einzusehen.
 (3)Der AN verpflichtet sich zur Beachtung des Mindestlohngesetzes und, sofern der Mindestauftragswert nach §1Abs.1LVG LSA erreicht ist, zur Beachtung der Tariftreue und Entgeltgleichheit gem. §10 LVG LSA sowie der ILO-Kernarbeitsnormen gem. §12LVG LSA. Im Falle eines Nachunternehmenses verpflichtet er diese entsprechend.
 (4)Die eingesetzten Mitarbeiter des AN treten in kein Arbeitsverhältnis zum AG. Sie sollen bei der Leistungserbringung nach innen und außen als Arbeitskräfte des AN erkennbar sein. Das Direktions-

recht verbleibt beim AN. Vorbehaltlich anderweitiger Regelungen stellt die Arbeitsmittel der AN zur Verfügung. Beide Parteien unterlassen alles, was den Anschein der Eingliederung der Mitarbeiter des AN in den Geschäftsbetrieb des AG erweckt.
 (5)Es gilt die betriebsbereite Übergabe inkl. erforderlicher Einweisung des AG als vereinbart.

§ 7 Erfüllungsort

Erfüllungsort ist der Ort, an dem nach dem Vertrag der Leistungserfolg einzutreten hat. Fehlt eine solche vertragliche Festlegung, ist Erfüllungsort der Sitz der beauftragenden Holding-Einrichtung.

§ 8 Verpackung, Transportkosten

- (1)Der AN hat zum sicheren Transport nach Art und Gewicht von Ware und Beförderungsmittel geeignete Packmittel zu verwenden.
 (2)Die Kosten für Packmittel, Transport und Nebenkosten, wie Versicherungsgebühren etc. trägt vorbehaltlich anderweitiger Regelungen der AN.

§ 9 Lieferschein

- (1)Der AN fertigt zur Vorbereitung der Übergabe des Leistungsgegenstandes die Lieferscheine. Im Lieferschein ist die Auftragsnummer und ggf. die vorgegebene Warenkennzeichnung anzugeben.
 (2)Bei Übergabe hat sich der AN den Empfang des Leistungsgegenstandes auf dem Lieferschein bestätigen zu lassen. Eine Ausfertigung des Lieferscheins verbleibt beim Empfänger/AG.
 (3)Führt der AN die Anlieferung nicht selbst durch, verpflichtet er den Erfüllungsgehilfen gem. Abs. 2.

§ 10 Abnahme

- (1)Abnahme ist die Erklärung des AG, dass der Vertrag der Hauptsache nach erfüllt ist. § 13 VOL/B und § 12 VOB/B bleiben unberührt.
 (2)Eine vorausgegangene Qualitätsprüfung ersetzt die Abnahme nicht.
 (3)Liegt ein wesentlicher Sach- oder Rechtsmangel vor oder fehlt die Eignung für die vertragliche Verwendung, kann der AG die Abnahme verweigern.

§ 11 Rechnung

- (1)Betrifft die Leistung die SAH, die Salus, die Salus-Praxis oder die Salus-Service, hat der AN die Rechnung unter Angabe von rechnungsempfangender Einrichtung und Auftragsnummer mit dem Lieferschein/ Leistungsnachweis wahlweise einzureichen:
 a.)in Papier an: Salus Altmark Holding gGmbH, Integratives Servicecenter, Emil-Kraepelin-Str. 6, 39576 Hansestadt Stendal oder
 b.)im pdf-Format an die nachfolgende E-Mail-Anschrift: rechnungseingang@sah.info.

Betrifft die Leistung das AMK, das FÄZ oder die Klinikdienste, ist die Rechnung mit dem v.g. Inhalt
 a.)in Papier an: Altmark-Klinikum gGmbH, Brunnenstraße 1, 29410 Salzwedel oder
 b.)im pdf-Format an die nachfolgende E-Mail-Anschrift: info@altmark-klinikum.de zu senden.

- (2)§15 VOL/B bzw. §14VOB/B bleiben unberührt.

§ 12 Zahlung

- (1)Zahlungen erfolgen durch Banküberweisung. Die Begleichung der Rechnung erfolgt nach den Vertragsvereinbarungen, spätestens 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang der Rechnung gem.§11. Fälligkeit tritt erst nach vertragsgemäßer Leistungserbringung ein.
 (2)Rechnungen, die nicht entsprechend § 11 beim AG eingehen, werden unbearbeitet zurückgesandt und nicht beglichen.
 (3)Im übrigen gilt § 17 VOL/B bzw. § 16 VOB/B.

§ 13 Skonto

Sofern Skonti vertraglich vereinbart oder durch den AN auf der Rechnung angeboten worden sind, beginnt die Skontofrist mit Zugang einer dem § 11 entsprechenden Rechnung und mit vertragsgemäßer Erfüllung durch den AN. Macht der AG berechtigt Einwendungen oder Einreden geltend, so wird die Skontofrist für diesen Zeitraum gehemmt. Die Skontofrist sollte 10 Tage nicht unterschreiten.

§ 14 Geheimhaltung

- (1)Die Vertragsparteien verpflichten sich, den

Inhalt des Vertrages oder Tatsachen, die im Zusammenhang mit dem Vertrag bekannt werden, vertraulich zu behandeln und Dritten nur mitzuteilen, wenn und soweit es für die Erfüllung des Vertrages notwendig ist. Auf auftragnehmereigenen Speichermedien enthaltene Daten des AG sind nach Vertragsende durch den AN umgehend datenschutzkonform zu löschen.

- (2)Die Vorschriften über die Ausführungsunterlagen (§ 3 VOL/B und § 3 VOB/B) bleiben unberührt.

§ 15 Haftung, Haftpflichtversicherung

- (1)Bei Pflichtverletzungen finden die gesetzlichen Vorschriften und VOL/B bzw. VOB/B Anwendung.
 (2)Der AN verfügt über eine im Rahmen und Umfang marktübliche Haftpflichtversicherung.

§ 16 Kündigungsrecht

- (1)Der AG kann den Vertrag mit sofortiger Wirkung außerordentlich kündigen, wenn Tatsachen eingetreten sind, aufgrund derer ihm unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls die Fortsetzung des Vertrages nicht zugemutet werden kann. Dies ist insbesondere der Fall, wenn
 a.)der AN seine Pflicht zur Verschwiegenheit oder eine ihm auferlegte Pflicht zur Geheimhaltung von Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit dem Auftrag bekannt geworden sind, verletzt.
 b.)über das Vermögen des AN das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden ist oder die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages dadurch in Frage gestellt worden ist, dass er seine Zahlungen nicht nur vorübergehend einstellt.
 c.)sich der AN im Zuge der Begründung oder Durchführung des Schuldverhältnisses an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beteiligt hat. Dies umfasst insb. die Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten oder über Preise.
 d.)die Voraussetz. d. §18Abs.2 LVG LSA vorliegen.
 (2)Weitere gesetzliche Regelungen zum Recht zur Kündigung, wie § 7 Nr. 3 VOL/B, oder zum Rücktritt bleiben unberührt.
 (3)Der AN hat Anspruch auf Vergütung für die bis zum Wirksamwerden der Kündigung aufgrund des Vertrages erbrachten Leistungen. Die Vergütung entfällt nur für solche Leistungen, für die der AG darlegt, dass sie für ihn ohne Interesse sind. Die nicht verwendbare Leistung wird dem AN auf dessen Kosten zurückgewährt.

§ 17 Vertragsstrafe

- (1)Werden Vertragsfristen überschritten, ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe i.H.v. 0,5 von Hundert pro Woche, höchstens jedoch 5% des gesamten Auftragswertes(Netto) zu verlangen. Bei nur leichtem Verschulden des AN kann der AG hiervon absehen.
 (2)Der AG ist berechtigt, die Vertragsstrafe neben der Erfüllung geltend zu machen.
 (3>Weitergehende Ansprüche, insbesondere gem. § 18 Abs.1 LVG LSA, bleiben unberührt.

§ 18 Schutzrechte Dritter

Der AN ist verpflichtet zu prüfen, ob seine Leistung gegen gewerbliche Schutzrechte verstößt. Ist dies der Fall, hat er dies dem AG unverzüglich mitzuteilen. Der AN stellt den AG von Ansprüchen Dritter aus etwaigen Verletzungen gewerblicher Schutzrechte frei und trägt die Kosten, die dem AG in diesem Zusammenhang entstehen.

§ 19 Sonstiges

- (1)Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
 (2)Soweit die Voraussetzungen des § 38 I ZPO erfüllt sind, ist Gerichtsstand der Sitz des AG.
 (3)Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam sein, wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Vertragspartner werden zusammenwirken, um unwirksame Regelungen durch solche zu ersetzen, die den unwirksamen Bestimmungen bzw. dem Vertragszweck soweit wie möglich entsprechen.